

Globale Demokratie ist die Grundvoraussetzung für die Lösungen unserer Krisen

Existentielle Umweltzerstörung, extreme Vermögenskonzentration, zunehmende Ressourcenknappheit - planetare Herausforderungen überfordern unsere nationalstaatlich organisierte politische Struktur seit ein paar Jahrzehnten. Die vollständige Verleugnung dieser Realität durch den derzeit weltweit grassierenden nationalistischen Autoritarismus und die damit verbundene imperialistische Expansionspolitik der drei Großmächte - USA, China und Russland - führen unseren Planeten nur noch schneller Richtung Kollaps. Statt rechtsextremer "Nation-first" Politik brauchen wir jetzt das exakte Gegenteil: Globale Demokratie. Sie gäbe uns im 21. Jahrhundert endlich die nötige Gestaltungsmacht für eine lösungsorientierte Politik. Ein Weckruf.

Ein Essay von Dr. Florian Köhler

Wie beginnt man eine politische Analyse in Zeiten, in denen der breite gesellschaftliche Diskurs entweder in maximal 280 Zeichen oder in sinnentleerten und häufig hasserfüllten Sekundenvideos erfolgt und wo der öffentliche politische Raum sich größtenteils nur noch auf die weltkriegs-gefährlichen Allmachtsfantasien dreier rivalisierender Männer konzentriert. Das entsetzliche Getöse aus der rechtsextremer Ecke, welches permanent und immer lauter den breiten Diskurs unserer Gesellschaft bestimmt, scheint die meisten anderen politischen Akteure zu mutlosen, getriebenen und letztlich ineffektiven Brandlöschern zu degradieren, während immer mehr Menschen ihren politischen Kompass verlieren und sich resigniert oder gar angewidert von einem konstruktiven gesellschaftlichen Diskurs abwenden. Zunehmend verstummen Teile unserer Gesellschaft und glauben kaum noch an eine lebenswerte Zukunft. Dabei ist es höchste Zeit, dass wir endlich mal innehalten und uns wieder mit kühlem Kopf darauf konzentrieren, wie wir aus dieser entsetzlichen Situation rauskommen. Öffentliche Aufklärungskampagnen zum Rechtsextremismus und massenhafte Aufrufe zu Prüf- oder Verbotsverfahren sind zwar wichtig. Diese Ansätze werden die destruktive braune Welle jedoch nicht aufhalten, da sie für die real existierenden Krisen unserer Zeit keine Lösungen anbieten und somit den derzeitigen Nährboden von Faschismus nicht beseitigen.

Wir brauchen einen neuen Zugang zu den Herausforderungen unser Zeit

Ignorieren wir also zunächst einmal die derzeitige sich zuspitzende politische Ausgangslage und konzentrieren wir uns auf die Herausforderungen, die unabhängig von den derzeitigen Regierungen existieren. Dank der Wissenschaft sind unsere größten gesellschaftlichen Herausforderungen seit langem bekannt und ausgiebig untersucht. Und auch das Bewusstsein für diese Probleme ist bei immer mehr Menschen vorhanden. In einem nächsten Schritt müssen wir uns als Gesellschaft endlich auf konkrete Lösungen für die

gemeinsam identifizierten Herausforderungen einigen. Dieser Schritt ist jedoch besonders schwer, da er in einer demokratischen Gesellschaft wertebasiert und damit kontrovers geführt werden muss. Gerade aber diese Lösungsfindung wird von fast niemandem konsistent angegangen und das hat verschiedene Gründe. Wissenschaftler:innen gelingt es zwar in ihrem eigenen Fachgebiet, Probleme zu identifizieren und wissenschaftliche Lösungen anzubieten. So können beispielsweise Klimawissenschaftler:innen sehr genau die Gründe für die Erderhitzung analysieren und Vorhersagen treffen, wie sich die Temperaturen mit der Reduktion von Treibhausgasemissionen entwickeln. Die Reduktion bzw. der Verzicht auf Treibhausgasemissionen betrifft jedoch unterschiedliche Teile unserer Gesellschaft unterschiedlich stark. Somit ist es eine gefährliche Illusion, von *der* Wissenschaft allumfassende politische Lösungen zu verlangen. Politische Lösungen basieren zudem immer auf politischen Werten, die in einer Demokratie im gemeinsamen Diskurs abgewogen werden müssen. Perfekte und somit alternativlose politische Lösungen widersprechen nicht nur einer Demokratie, sondern letztlich unserer vielschichtigen gesellschaftlichen Realität. Auch Aktivist:innen, deren Engagement zur Meinungsbildung sehr zu begrüßen ist, fokussieren sich in der Regel auf einzelne Herausforderungen und vernachlässigen bei ihren Lösungsforderungen wiederum die Komplexität unserer Gesellschaft. Manche von Ihnen tragen mit ihren unpräzisen Analysen leider sogar zur gesellschaftlichen Resignation bei. Eine uralte, schwammige Analyse lautet beispielsweise: "Der Kapitalismus ist das Kernproblem. Wenn wir ihn überwinden, dann wird alles besser." Aber was wird hier genau unter Kapitalismus verstanden? Was ist mit Überwindung genau gemeint? Und warum sollte die Überwindung des Kapitalismus Herausforderungen lösen? Politiker:innen bzw. Parteien wiederum sind darauf angewiesen, alle paar Jahre wiedergewählt zu werden. Sie drücken sich daher oftmals vor grundlegenden Lösungen, die erst in vielen Jahren der Gesellschaft zugutekommen. Selbst so genannte Zukunftsforscher:innen scheuen sich häufig vor konsistenten Lösungsvorschlägen. Vielleicht weil sie sich dann positionieren müssen und somit angreifbar machen? Letztlich ist es ein Zusammenspiel all dieser und weiterer Akteure, wie wir gesellschaftlichen Fortschritt erlangen. *Doch der entscheidende Punkt, warum wir es derzeit nicht schaffen, konsistent unsere Herausforderungen zu lösen, liegt meiner Meinung nach deutlich tiefer als die vorgestellten Schwächen der einzelnen Akteure. Es ist unsere politische Struktur selbst, die seit ein paar Jahrzehnten bei den größten Herausforderungen unserer Zeit versagt, da sie intrinsisch gar keine oder zumindest kaum Lösungskompetenz besitzt.* Schauen wir uns dazu sechs besonders große Herausforderungen unserer Zeit einmal an.

Die bisher übersehene Gemeinsamkeit unserer Herausforderungen: Die globale Dimension

- Zu den prominentesten Herausforderungen der letzten Jahre gehört der Klimawandel, der mit einem durchschnittlichen Temperaturanstieg von 1,5° C über dem vorindustriellen Niveau¹ und weiter steigenden Temperaturen zu häufigeren und intensiveren extremen Wetterereignissen wie Dürren, Überschwemmungen und Stürmen führt, den Meeresspiegel ansteigen lässt und somit sämtliche Ökosysteme in ihrer derzeitigen Existenz zerstört.

¹ [World Meteorological Organization \(WMO\), 2025](#)

- Des Weiteren führt massive Ressourcenverschwendung zu massiver Umweltzerstörung; während die Meere bereits an ihrer Verschmutzung ersticken, werden lebenswichtige Rohstoffe knapp.
- Zum Teil auf den Klimawandel und die Ressourcenverschwendung zurückzuführen ist das erdgeschichtlich einzigartige Artensterben, welches sich mit enormer Geschwindigkeit ² vollzieht und das darüber hinaus weltweit die Lebensgrundlagen weiterer Arten gefährdet.
- Unabhängig von diesen existentiellen Umweltkrisen, schafft unser derzeitiges Wirtschaftssystem eine immer größere Vermögensungleichheit. So besitzen 0,001% der Weltbevölkerung, also 56.000 Menschen, drei Mal mehr Vermögen als 50% der Weltbevölkerung, also 4.100.000.000 Menschen ³. In Deutschland besitzen allein zwei Familien so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung ⁴. Diese extreme Asymmetrie bedroht unser demokratisches Miteinander und unseren gesellschaftlichen Frieden. Vor allem durch enorme Spekulationsgewinne und unzureichend besteuerte Erbschaften nimmt diese Vermögenskonzentration zudem noch weiter zu.
- Technologischer Wandel, wie die umfassende Digitalisierung unserer Kommunikation, die Automatisierung zahlreicher Prozesse und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz verändert unseren Alltag grundlegend, fordert insbesondere die gesamte Arbeitswelt heraus und fördert in seiner derzeitigen nicht regulierten Form Machtkonzentration und Desinformation.
- Die Gefahr einer globalen militärischen Eskalation ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. So nahmen die weltweiten Rüstungsausgaben in den Jahren 2015 bis 2024 um 37% zu ⁵. Allein in Europa betrug die Zunahme in diesem Zeitraum 83%, in Deutschland sogar 140%. Der Angriffskrieg Wladimir Putins auf die Ukraine, der Angriffskrieg der USA und Israels auf den Iran, weitere Kriege und militärische Provokationen – etwa russische Flugzeuge im baltischen Luftraum, Xi Jinpings immer häufigeren und größeren Militärmanöver um und über Taiwan, die von Donald Trump angeordnete Gefangennahme von Venezuelas Staatschef und seine völlig willkürlichen Gebietsansprüche auf Grönland, Kanada, Island und Panama – zeigen, wie brüchig der Frieden weltweit geworden ist.

Betrachtet man all diese Herausforderungen zusammen, fällt eine markante Gemeinsamkeit direkt ins Auge: *Alle diese Herausforderungen haben globale Dimensionen und lassen sich nicht auf einzelne Nationalstaaten begrenzen.*

Das größte Dilemma unserer Zeit: Die Disbalance zwischen nationalstaatlich organisierter politischer Macht und unseren globalen Herausforderungen

So ist es zum einen egal, ob man in Brasilien, Deutschland, Ghana oder Vietnam wohnt, die großen Herausforderungen unserer Zeit wird man überall auf der Welt antreffen. Zum anderen können weder Brasilien, Deutschland, Ghana oder Vietnam diese Herausforderungen alleine lösen. Denn unabhängig davon, wie ambitioniert eine nationale

² [Globales IPBES-Assessment zu Biodiversität und Ökosystemleistungen, 2019](#)

³ [World Inequality Report 2026](#)

⁴ Martyna Linartas, *Unverdiente Ungleichheit*, Rowohlt, 2025

⁵ [Trends in World Military Expenditure 2024, Stockholm International Peace Research Institute \(SIPRI\)](#)

Regierung sich diesen Herausforderungen stellt, wird sie bei der Lösungsfindung im Alleingang immer scheitern, da sich diese Herausforderungen nur noch global lösen lassen. Weder Klima, Arten, Ressourcenbedarf, Kapital, Internet noch KI kennen nationale Grenzen und machen an diesen Halt. Die mächtigste politische Struktur hingegen bilden im Jahr 2026 immer noch die Nationalstaaten, also weltweit rund 200 unabhängige politische Strukturen, deren primäres Ziel ihrer Politik meistens das jeweilige Wohlergehen ihrer eigenen Bürger:innen ist. Aufgrund dieser national fokussierten und bevorzugten Sichtweise, ist diese national organisierte politische Struktur unserer Welt seit vielen Jahren mit den immer größeren globalen Aufgaben intrinsisch überfordert und letztlich strukturell bedingt handlungsunfähig. Globale Abkommen, die mühsam über viele Jahre von dutzenden Nationalstaaten global ausgehandelt wurden, werden in den meisten Fällen nicht eingehalten oder kurzfristig von einzelnen Staaten aufgekündigt. Prominente gescheiterte Beispiele bilden hier das Pariser Klimaabkommen von 2015 ⁶, die UN-Nachhaltigkeitsziele für das Jahr 2030 ⁷, das Übereinkommen zum Schutz der Meere von 1994, das Übereinkommen über die biologische Vielfalt von 1993 und der Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen von 1970. *Die drängendste und größte Herausforderung unserer Zeit ist somit zuallererst die Schaffung einer adäquaten politischen Struktur, die eine globale Perspektive und eine globale Wirkmacht hat, um endlich unsere globalen Probleme stringent zu lösen. Für mündige Bürger:innen sollte diese globale politische Struktur demokratisch sein. Und somit ist es klar, dass wir zur Lösung unserer Herausforderungen eine Globale Demokratie benötigen.*

Globale Demokratie als Weiterentwicklung der Vereinten Nationen

Globale Demokratie bedeutet in diesem Artikel, dass die Menschheit eine demokratisch legitimierte, handlungsfähige politische Struktur auf Weltebene erhält – ähnlich wie es die Europäische Union für viele Länder in Europa ist. Erste Ansätze für eine globale politische Struktur sind mit den Vereinten Nationen seit rund 80 Jahren bereits vorhanden. Folgende Mängel der Vereinten Nationen müssten jedoch noch behoben werden:

- **Schaffung weiterer demokratischer Strukturen:** Neben der bestehenden UN-Generalversammlung, die analog zum Bundesrat in Deutschland in einer Globalen Demokratie in eine Staatenkammer transformiert wird, braucht man analog zum Bundestag in Deutschland als neues zentrales Organ ein Weltparlament, welches den politischen Willen der gesamten Menschheit präsentiert. Eine Bildung von global organisierten Parteien wäre zur Förderung des Zusammenhalts und aus Effizienzgründen bei der Willensbildung wünschenswert. Der Weltsicherheitsrat, der wenigen Staaten überdurchschnittlich viel Macht gibt und der aufgrund von Veto-Möglichkeiten sich in zentralen politischen Fragen seit Jahrzehnten selbst lähmt, gehört abgeschafft.
- **Schaffung einer echten Exekutive:** Aus dem Weltparlament heraus bildet sich eine Weltregierung, wie es in modernen Demokratien üblich ist. UN-Organe werden in Ministerien umgewandelt. Das Generalsekretariat erhält eine repräsentative

⁶ [„Eines ist bereits klar: Wir werden die globale Erwärmung in den nächsten Jahren nicht unter 1.5 Grad halten können“](#), UN-Generalsekretär António Guterres am 22.10.2025

⁷ Zehn Jahre nach Verabschiedung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) für 2030 liegt die Bearbeitung bei 35% der Ziele in der Zeitplanung bzw. gibt es moderaten Fortschritt, während es bei 18% der Ziele sogar Rückschritte gibt, siehe [P. Vasic vom Department of Economic and Social Affairs. 15.07.2025.](#)

Funktion, ähnlich einem Bundespräsidenten in Deutschland. In einer längeren Übergangsphase von 10 bis 20 Jahren, die zur Vertrauensbildung wichtig ist, werden nationale Armeen und Verteidigungsbündnisse schrittweise abgeschafft und zugleich eine globale Polizei zur Friedenssicherung geschaffen.

- **Schaffung einer verbindlichen Legislative und Judikative:** Die Gesetzgebung der globalen Demokratie ist innerhalb ihrer von der Menschheit zugestandenen Kompetenzen für alle untergeordneten politischen Strukturen (Nationalstaaten, Bundesländer und Kommunen) bindend. Das Völkerrecht wird somit in ein globales Recht transformiert und eine globale Gerichtsbarkeit geschaffen, der sich alle anderen Gerichte, wie nationale Gerichte, unterordnen.
- **Schaffung einer föderalen Struktur:** Aus historisch gewachsenen Gründen und aus Gründen der Gewaltenteilung bleiben die bisherigen politischen Strukturen, wie Nationalstaaten, Bundesländer und Kommunen weiter bestehen. Bisherige transnationale politische Strukturen, wie die EU, werden zumindest auf längere Sicht abgeschafft, um die föderale politische Struktur zu vereinfachen und um systematische Blockbildung zu vermeiden. Nach dem konsequent angewandten Subsidiaritätsprinzip - Was lokal gelöst werden kann, bleibt lokal zu lösen. - werden die unteren politischen Ebenen auch weiterhin maximal viele eigenständige Entscheidungskompetenzen behalten. Die neue globale Ebene ist nur für die Lösung von globalen Herausforderungen zuständig. Über die Staatenkammer haben Nationalstaaten zudem weiterhin Einfluss auf die Lösung von globalen Herausforderungen.

Globale Demokratie braucht keine Weltrevolution

Im direkten Diskurs über die Notwendigkeit einer Globalen Demokratie taucht häufig der kritische Einwand auf, dass die Schaffung einer Globalen Demokratie nur über eine Weltrevolution möglich sei. Wichtig ist sicher, dass manche Neuerungen, wie die Abschaffung von bestehenden nationalen Armeen und Verteidigungsbündnissen, über einen längeren Zeitraum erfolgen müssen, um das notwendige Vertrauen aufzubauen. Die meisten Facetten einer Globalen Demokratie sind jedoch in Anbetracht der zu lösenden Herausforderungen eher als pragmatische Reformschritte zu sehen, vergleichbar mit der Gründung des Völkerbunds 1919, der Gründung der Vereinten Nationen 1945, der Gründung der Europäischen Union 1993, der Umsetzung des Schengenraums 1995 oder der Gründung der Eurozone 1999. Eine Weltrevolution, die außerinstitutionell, rasch und größtenteils in einem völlig unkontrollierbaren Prozess erfolgt, der grundlegend unser politisches System ändert, ist weder wünschenswert noch erfolgversprechend.

Die Risiken einer Globalen Demokratie müssen von Anfang an mitgedacht werden

Eine globale Machtstruktur wie die Globale Demokratie birgt selbstverständlich auch enorme Risiken. Aufgrund der föderalen Struktur (Kommune, Bundesland, Nationalstaat, Globale Demokratie) und den großen Distanzen zu den globalen Institutionen besteht die Gefahr, dass das Weltparlament zu menschenfern agiert und Gesetze beschließt, die in den verschiedenen Erdteilen vor Ort zu starr und nicht praktikabel sind. Zudem würde ein Machtmissbrauch auf der globalen Ebene gleich die gesamte Menschheit betreffen. Eine Flucht in geordnete politische Verhältnisse wäre nicht mehr möglich. Konsequente Gewaltenteilung, Transparenz und eine permanente kritische Selbstreflexion - auch bereits

während des Gründungsprozesses - sind daher noch wichtiger als in einer nationalstaatlichen Demokratie. Gut durchdachte Partizipationsmöglichkeiten, gut austarierter Föderalismus und nicht zuletzt konsequente Subsidiarität stellen sicher, dass demokratische Politik so menschnah wie möglich gemacht wird. Viele politische Fragen, wie Bildung, Kultur, örtliche Polizei, Gesundheit und teilweise auch Wirtschaftspolitik brauchen keine oder zumindest nur teilweise globale Gesetzgebung. Da wir in all diesen Bereichen noch viel Entwicklungspotential haben, ist zudem ein vielfältiger Wettbewerb und somit eine parallel und unabhängig stattfindende Weiterentwicklung der politischen Lösungen in unterschiedlichen Nationalstaaten auch weiterhin sehr wünschenswert. Lediglich globale politische Herausforderungen sollten auf globaler Ebene gelöst werden. Eine belastbar föderale Struktur zwischen Nationalstaaten und globaler politischer Ebene, ähnlich wie zwischen den Bundesländern und der bundespolitischen Ebene in Deutschland, ist essentiell.

Wie umgehen mit undemokratischen Nationen in einer Globalen Demokratie?

Auch wenn man als mündiger Mensch davon überzeugt ist, dass Demokratie sich langfristig als beste Staatsform durchsetzen wird, so ist es unwahrscheinlich, dass in den nächsten 20 Jahren sämtliche Nationalstaaten demokratisch werden. Und es ist wiederum nicht sicher, dass über einen solchen Zeitraum demokratische Nationalstaaten demokratisch bleiben. Daher stellt sich die nicht einfach zu beantwortende Frage, wie man mit undemokratischen Nationalstaaten in einer Globalen Demokratie umgeht. Grundsätzlich sind hier zwei Optionen denkbar. Entweder man schließt sie kategorisch aus, dies würde heutzutage laut Democracy Index ⁸ über 100 Nationalstaaten bzw. rund 55% der Menschheit betreffen. Oder man behandelt sie innerhalb der Globalen Demokratie gleichwertig wie die demokratischen Nationalstaaten. Dies würde bedeuten, dass es im Weltparlament auch Abgeordnete gibt, die nicht demokratisch gewählt wurden. Während der Einführungsphase der Globalen Demokratie muss diese Frage offen diskutiert werden, es gibt für beide Optionen Argumente.

Zwei Wege zur Globalen Demokratie: Reform der UN oder parallel wachsende Struktur

Grundsätzlich gibt es zwei Wege, wie eine Globale Demokratie eingeführt werden kann. Zum einen haben die Vereinten Nationen selbst in ihrem Gründungsdokument vor 80 Jahren Reformwege bereits vorgesehen. So legt beispielsweise Artikel 108 der UN-Charta fest, welche Abstimmungen nötig sind, um die UN-Charta zu ändern. Artikel 109 sieht zudem ausdrücklich eine Revision der UN-Charta vor. Beide Artikel stellen jedoch so hohe Abstimmungshürden auf, dass es derzeit äußerst unwahrscheinlich ist, dass diese Artikel in der nächsten Zeit erfolgreich angewendet werden können. Eine beratende, leider nicht legislativ fähige Parlamentarische Versammlung der UN, welche ein Vorläufer eines Weltparlaments sein könnte, wäre laut einiger Rechtsexpert:innen immerhin über Artikel 22 möglich, welche lediglich eine einfache Mehrheit der UN-Generalversammlung benötigen würde. Alternativ könnte ein Kreis an interessierten demokratischen Nationalstaaten eine Globale Demokratie einführen, die dann sukzessive weitere demokratische Nationalstaaten aufnimmt. Kandidaten für eine solche exklusive Globale Demokratie lassen sich beispielsweise über Qualitätsanalysen bzgl. Demokratisierung identifizieren. Eine der bekanntesten Analysen bietet der bereits erwähnte Democracy Index, der seit 2006

⁸ [Democracy Index 2024](#), The Economist Intelligence Unit Limited 2025

regelmäßig von der britischen Mediengruppe The Economist Newspaper Limited erhoben wird. Laut neuester Befragung erfüllen 25 Länder die Kriterien der höchsten Kategorie, *full democracy*. Die zweithöchste Kategorie, *flawed democracies*, umfasst 46 Länder. Hier enthalten sind beispielsweise Frankreich, die USA, Italien, Indien, Argentinien, Brasilien und Ghana. Diese beiden demokratischen Kategorien umfassen rund ein Drittel aller Nationalstaaten und immerhin 45% der Weltbevölkerung. Ein weiterer Ausgangspunkt könnte beispielsweise die Community of Democracies (CoD) sein. Sie wurde im Jahr 2000 von 106 Nationen gegründet, wobei Deutschland skurrilerweise bis heute dieser doch sehr großen demokratischen Gemeinschaft nicht beigetreten ist.

Die Europäische Union endlich als Zwischenschritt zur Globalen Demokratie und nicht als kontinentales Bollwerk begreifen

Ein weiterer, pragmatischer Ansatz wäre, die Europäische Union als Keimzelle für die Globale Demokratie zu nutzen. Leider taucht dieser naheliegendste Schritt Richtung Globale Demokratie bisher weder im öffentlichen Diskurs noch unter den großen Denker:innen unserer Zeit auf. Stattdessen dominieren Europaskeptiker:innen oder traditionelle Europafans den Diskurs zur Zukunft der EU. Diese Europafans favorisieren seit Langem eine kontinental gebundene europäische Demokratie in Form einer Europäischen Republik oder den Vereinigten Staaten von Europa. Entweder wird über ein vereintes Europa der Regionen oder einer föderalen Struktur gesprochen, in der die Nationalstaaten erhalten bleiben und einige Kompetenz an die transnationale Demokratie übertragen werden. Ein Beispiel für die Forderung nach einer europäischen Demokratie bietet die politische Analyse "Von hier an müssen wir alleine weitergehen", die Jürgen Habermas im November 2025 in der Süddeutschen veröffentlicht hat ⁹. Die von ihm beschriebene Ausgangslage, die USA steigen derzeit ab und zerstören dabei ihre demokratischen Strukturen, wohingegen das aufstrebende, autoritäre China eine sinozentrische weltpolitische Ordnung anstrebt, ist gut nachvollziehbar. Davon ausgehend begründet Habermas seinen Wunsch, dass die europäische Integration so fortgesetzt wird, dass sich die EU als autonomer, geschlossener Block zwischen den anderen autoritären Blöcken behaupten soll. In den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts war diese kontinentale Idee einer transnationalen Europäischen Demokratie sicherlich sehr fortschrittlich und auch gut begründbar, da viele Herausforderungen so gelöst werden konnten, beispielsweise die Überwindung von unnötigen Handelshürden zwischen ähnlich tickenden, zum größten Teil relativ kleinen Nachbarstaaten, die Beseitigung von umständlichen Grenzkontrollen und Wechselstuben oder die Absicherung der Lebensmittelproduktion durch eine gemeinsame Agrarpolitik. Viele beeindruckende transnationale Integrationsschritte folgten innerhalb der EU diesem Spirit: Die Umsetzung der legendären vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes (freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr), insbesondere die Schaffung des Schengenraums, der nationale Grenzen für die reisenden Bürger:innen innerhalb des Schengenraums unsichtbar machte, die Schaffung der Eurozone, aber auch die mehrstufigen EU-Erweiterungen. **Doch seitdem die Europäische Union Mitte der Nuller Jahre zu einem immer größeren Teil die kontinentalen Grenzen Europas erreicht hat, hat sich diese Union aus freien Stücken selbst ihrer in den Jahrzehnten zuvor äußerst dynamischen transnationalen Integrationsidee beraubt. Und all das nur, weil sie ihren Namen einem Kontinent und damit einem festen Territorium gewidmet hat. *Welch eine***

⁹ Artikel in der Süddeutschen vom 20. November 2025

tragische Namensgebung! So verflieg vor etwa 20 Jahren die in den 80er und 90er Jahren existierende Integrationsdynamik, die in den bestehenden und noch werdenden Mitgliedstaaten für eine enorme Aufbruchsstimmung gesorgt hatte. Statt dieser antreibenden, hoffnungsvollen Wachstums-idee einer transnationalen, demokratischen politischen Struktur steht aufgrund der nun seit etwa zwei Jahrzehnten herrschenden Stagnation sogar aus gewisser Perspektive das genaue Gegenteil auf der Tagesordnung der EU, nämlich der Schutz der europäischen Außengrenze, also die gemeinsame Abschottung dieser Länder vom Rest der Welt. In Anbetracht der derzeitigen politischen Herausforderungen, die in der Vielzahl der Fälle weit über den europäischen Kontinent hinausgehen, erschließt sich nicht, warum Vordenker:innen der europäischen Idee ihren Fehler bei der Namensgebung bis heute nicht erkennen. Angesichts des Erstarkens von Demokratie- und Menschenrechtsfeinden auch innerhalb der EU scheint es überheblich und zugleich naiv, die EU im weltweiten Machtgefüge als letztes Bollwerk für Demokratie und Menschenrechte positionieren zu wollen. Aufgrund des derzeitigen Zustands der EU würde ein solch moralisches Bollwerk von Beginn an seinen hohen Ansprüchen nicht gerecht. **Und selbst wenn Europa in den nächsten Jahren innereuropäisch politisch stabil bleibt, wieso verfällt man in die alte Denkweise, dass Blockstrukturen hilfreich sein?** Sie erzeugen Rivalität und damit ein permanent ermüdendes, äußerst gefährliches Kräftemessen. Die EU und ihre europäischen Denker:innen sollten sich daher endlich rückbesinnen: Das Attraktive an transnationalen demokratischen Strukturen ist ihr partizipativer Charakter. Im Ideal, an dem sicherlich noch auf allen Ebenen sehr zu arbeiten ist, treffen sich in demokratischen Strukturen alle Menschen auf Augenhöhe. Durch Abschottung und Blockbildung beraubt man sich jedoch selbst zu einem großen Teil dieser Errungenschaft. **Gerade weil die größten Herausforderungen inzwischen globale Dimensionen haben und gerade weil seit ein paar Jahren mächtige politische Akteure wie China, die USA und Russland unsere Welt wieder verstärkt in rivalisierende Machtblöcke aufteilen wollen, muss die EU dringend ihre Strategie ändern. Der Fokus sollte wieder auf der Schaffung einer erfolgreichen transnationalen, demokratischen Struktur liegen, die nun aber alle Staaten dieser Welt einlädt, Mitglied zu werden, sobald demokratische Standards gewährleistet sind.** Wie wäre es mit einer Erweiterungsrunde in 2028, die unter anderem Costa Rica, Uruguay, Botswana und Osttimor umfasst? Aus dem Namen dieser dann transkontinentalen politischen Struktur sollte das Wort Europa am Besten durch ein Wort ersetzt werden, welches diese politische Struktur konsequent als Zwischenschritt bzw. Brücke zur Globalen Demokratie betitelt. So würden wir die Stagnation der EU überwinden und eine lebensbejahende, äußerst sinnvolle und zudem dringend benötigte Zukunftsperspektive innerhalb und außerhalb der EU aufzeigen. Selbstverständlich sollte man parallel an der Optimierung der demokratischen Standards dieser transnationalen politischen Struktur arbeiten: Wann kommt endlich das Initiativrecht für das Parlament? Wann kommt endlich der gemeinsame Haushalt, der sich aus gemeinsamen Steuern ergibt? Wann kommt endlich die transnationale Regierung, die sich aus dem transnationalen Parlament bildet? Wir befinden uns seit etwa 250 Jahren in der Demokratisierung unseres Miteinanders, mit Auf's und Abs, mit Sackgassen und manchmal auch wundersam schnellen Entwicklungssprüngen. Das Wichtigste dabei, das langfristige Ziel muss nun klar benannt werden: *Ein demokratisches Miteinander der gesamten Menschheit.*

Was ist nun zu tun?

In Anbetracht der Dringlichkeit ist es erstaunlich, dass über die Globale Demokratie kaum gesprochen wird und dass die Globale Demokratie bisher kaum jemandem bekannt ist. Dabei gibt es ein paar Organisationen, wie beispielsweise Democracy Without Borders (DWB), die World Federalist Movement, die Campaign for a UN Parliamentary Assembly (CUNPA) oder die Deutsche Gesellschaft der Vereinten Nationen (DGVN), die zumindest einige Facetten einer Globalen Demokratie propagieren. Diese oder auch noch zu gründende Lobbygruppen der Globalen Demokratie brauchen Unterstützung, *damit die Globale Demokratie durch Bewusstseinsbildung ein gesellschaftliches Gesprächsthema wird*. Im Idealfall erhalten diese Bündnisse eine solche Wirkmacht, dass sie globale Kampagnen wie die MeToo oder die Black Lives Matter Bewegung im Sinne der Globalen Demokratie anstoßen können. Die Infrastruktur ist dank der weltweiten digitalen Vernetzung so gut wie nie zuvor. Darüber hinaus ist die Forderung nach Globaler Demokratie für alle demokratischen Parteien attraktiv und sollte endlich über Grundsatz- und Wahlprogramme auf die politische Bühne gehoben werden. Die Motivation für die Globale Demokratie variiert hierbei von Partei zu Partei. Konservative befürworten globale Ordnung statt globales Chaos, denn unregelmäßige Globalisierung untergräbt letztlich staatliche Ordnung. Globale Demokratie schafft verbindliche Regeln, klare Zuständigkeiten und sorgt für Rechtsdurchsetzung. Das C der CDU freut sich zudem über den universellen Anspruch der Globalen Demokratie und dass mit dieser politischen Struktur endlich die Gestaltungsmacht zur Verfügung steht, dass wir unseren sich stark ändernden Planeten so unterstützen, dass wir ihn in seiner Schöpfungsvielfalt bewahren können und dass im besten Fall so viel Stabilität weltweit besteht, dass Migration ausschließlich aus freiem Willen und nicht gezwungenermaßen erfolgt. Die föderale Struktur der Globalen Demokratie ermöglicht zudem die Wahrung lokaler und nationaler Identität. Liberale Parteien hingegen können sich freuen, dass der mündige Mensch durch die globale demokratische Struktur beste Voraussetzung für einen globalen Freiheitsdrang hat. Endlich gibt es einen politischen Rahmen, der fairen globalen Handel ohne Hindernisse und mit einer verlässlichen Gesetzgebung ermöglicht. Grüne haben mit der Globalen Demokratie endlich eine politische Struktur, die in der Lage ist, unsere existentiellen planetaren Krisen zu lösen. Linke Parteien würden sich freuen, dass das Kapital nun nicht mehr als scheues Reh entschuldigt werden kann, da es mit der Globalen Demokratie erstmals eine politische Institution gibt, die weltweit fiskalpolitische Standards ohne Schlupflöcher setzen kann. Zudem kommt die Linke endlich ihrem langen Ziel, der Überwindung von Blockbildung näher, da die Nato sukzessive abgeschafft wird, indem eine globale Polizei für Sicherheit sorgt.

In modernen Gesellschaften ist eine Relativierung des Wunsches nach nationaler Identität möglich

Last but not least, ist da noch der Nationalstolz, der sich einer Globalen Demokratie eventuell in den Weg stellen könnte. Nationalstolz gehört wie die Religionszugehörigkeit, die Geschlechtszugehörigkeit und auch lokale oder Vereins-Zugehörigkeiten zu den Kollektividentitäten. Hierbei koppeln Menschen ihr individuelles Selbstverständnis an das Selbstverständnis einer Gruppe. Die individuelle Identitätsbildung wiederum wird stark von dem Wunsch nach Empathie - also dem ureigenen Wunsch nach gesehen, verstanden und wertgeschätzt zu werden - geprägt. Neben Essen, Trinken und sicherem Schlafen gehört Empathie zu den zentralen Grundbedürfnissen von uns Menschen. Laut Marshall Rosenberg, dem Begründer der Gewaltfreien Kommunikation, ist es in modernen, liberalen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten möglich geworden, dass unser Grundbedürfnis

nach Empathie auf sehr gesunde Weise aus unserem nahen Umfeld, also über die Familie und den Freundeskreis bezogen werden kann. Dies war in patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen über Jahrtausende nicht möglich. Aus diesem Grund versuchten Menschen in patriarchalischen Strukturen ihr Bedürfnis nach Empathie über eine starke Identifikation mit Kollektiven, wie beispielsweise religiöser oder eben auch nationaler Zugehörigkeit, zu erfüllen. Diese Art des Gesehenwerdens, des Verstandenfühlers in der Gruppe, hat das individuelle Bedürfnis nach Empathie aber nie so umfänglich stillen können, wie es in modernen Gesellschaften das liebevolle Miteinander ermöglicht. Daher ist es möglich geworden, dass man seine Identität individuell und nicht mehr so stark über Kollektividentitäten definiert. Ein intrinsischer Nachteil von stark ausgelebten Kollektividentitäten ist ihr Problem mit Ausgrenzung (Ingroup-Outgroup-Problem), denn Menschen, die nicht Teil des Kollektivs sind, sind außen vor und werden eventuell als nicht ebenbürtig angesehen. Interessanterweise gibt es jedoch ein einziges Kollektiv, was das Problem der Ausgrenzung umgeht; es ist das Kollektiv der Menschheit als Ganzes. Wem es also nicht gelingt, die eigene Identität individuell zu definieren und Empathie aus dem eigenen liebevollen Umfeld zu beziehen, die/der könnte auch noch in einer globalen Demokratie die inklusive Kollektividentität, die gemeinsame Zugehörigkeit zur Menschheit, hinzuziehen. *Basierend auf diesen neuen Erkenntnissen zur Identität lohnt sich im Rahmen der Bemühungen um eine Globale Demokratie auch ein breiter und längerer Diskurs über die individuelle Identität.*

Warum genau jetzt die Zeit gekommen ist: Globale Demokratie ist das Gegenmittel gegen die derzeitige globale faschistische Phase. Je schneller wir uns auf die Globale Demokratie konzentrieren, desto weniger wird die Menschheit leiden.

Gerade weil die Zukunft derzeit so ungewiss erscheint, lohnt es sich, die zentrale Idee der Physik, bei der man auf Basis beobachteter Gesetzmäßigkeiten in die Zukunft extrapoliert, auf historische Entwicklungen anzuwenden. Auch wenn sich diese Methodik auf die Menschheitsgeschichte kaum 1:1 anwenden lässt, so kann man in der historischen Entwicklung gewisse Trends erkennen. Die zentrale Grundannahme dieser Analyse ist, dass wir Menschen die politische Struktur immer an die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen anpassen, um sie lösen zu können. So war es für lange Zeit in der Menschheitsgeschichte völlig ausreichend, dass man sich gesellschaftlich ausschließlich lokal organisierte, da der Bewegungshorizont der Menschen zu der Zeit auch klein war. Noch Anfang des 19. Jahrhunderts gab es auf dem heutigen deutschen Territorium eine Vielzahl an lokal organisierten politischen Strukturen mit hoher oder gar vollständiger Autonomie, so dass man beispielsweise bei einem Warentransport von Königsberg nach Köln an etwa 80 Zollgrenzen kontrolliert wurde. Erst mit dem Aufkommen der Industrialisierung nahm der Bewegungshorizont der einzelnen Menschen aufgrund des aufkommenden Handels und später aufgrund von reichweiten Verkehrsmitteln zu, so dass die kleinteiligen politischen Strukturen den Herausforderungen der damaligen Zeit nicht mehr gewachsen waren. Der kleinteilige politische Flickenteppich fusionierte daher zu größeren politischen Strukturen, indem beispielsweise 1833 der deutsche Zollverein gegründet wurde und 1871 der deutsche Nationalstaat entstand. Mit der Weiterentwicklung des technologischen Fortschritts in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts reichten in Europa die politischen Strukturen der einzelnen Nationalstaaten nicht mehr aus, um die Herausforderungen der damaligen Zeit zu lösen. So entwickelte sich über mehrere Jahrzehnte eine transnationale politische Struktur - die heutige Europäische Union. Dieser

Trend, größere politische Strukturen zu schaffen, weil nur so sich Herausforderungen lösen ließen, vollzog sich nicht nur in Europa, sondern parallel auch auf globaler Ebene. Eine der äußerst bitteren Lehren aus dem Ersten Weltkrieg war, dass man bereits damals eine globale politische Struktur benötigte, um global Frieden zu wahren. So wurde innerhalb kürzester Zeit nach Kriegsende der Völkerbund gegründet. Diese globale politische Struktur hatte leider nicht die nötige Kompetenz, den zweiten Weltkrieg zu verhindern. Als eine der bitteren Lehren des Zweiten Weltkriegs wiederum wurde der Völkerbund in kürzester Zeit nach Ende des Zweiten Weltkriegs reformiert, indem bereits 1945 die Vereinten Nationen gegründet wurden. **Anders als 1945 lebt die gesamte Menschheit heute in einem globalen Dorf. Reisen um die Welt dauern für viele Menschen nur noch Stunden, Kommunikation über Kontinente erfolgt in Millisekunden, Waren, Daten und Wissen werden grenzenlos geteilt. Dieses globale Dorf hat derzeit keine demokratische Regierung und kann somit seine Herausforderungen nicht lösen, denn die einzige globale politische Struktur - die Vereinten Nationen - hat nicht die nötige Kompetenz und Legitimation.** Wenn man sich diese hier skizzierten historischen Entwicklungen der letzten 250 Jahre als Trend zu dringend benötigten, größeren politischen Strukturen versteht, sollten doch möglichst viele Menschen folgende zwei Wünsche haben: Erstens benötigen wir mal wieder ein Update unserer politischen Struktur hin zur Globalen Demokratie, da unsere großen Probleme nur noch global gemeinsam gelöst werden können. Und zweitens sollten wir aus der Geschichte endlich lernen und erkennen, dass es keinen weiteren Weltkrieg bedarf, um das globale Miteinander durch eine Globale Demokratie auf ein neues Level zu heben. Dabei begeben wir uns derzeit, genau wie vor dem ersten und vor allem genau wie vor dem zweiten Weltkrieg, in eine faschistische Phase, unter anderem weil unsere derzeitige politische Struktur verständlicherweise in sich gelähmt ist und ohnmächtig den Herausforderungen gegenübersteht, die ihr schon seit langer Zeit über den Kopf gewachsen sind. Mit dieser Sichtweise ist es erklärbar, dass unsere demokratischen Regierungen es gar nicht erst versuchen, die eigentlichen Herausforderungen anzugehen, denn sie sind strukturell nicht in der Lage dazu. Und es ist zudem verständlich, dass Menschen, die diese strukturell bedingte Ohnmacht spüren, unzufrieden werden und nach anderen Lösungen suchen. Aus unserer Geschichte wissen wir, dass das Negieren der Realität und die größtmögliche Abschottung vor den Herausforderungen, also Nationalismus und Faschismus, über längere Zeit nicht funktionieren. Die Schaffung einer Globalen Demokratie bedarf eines gewaltigen Entwicklungsschrittes. **Und dennoch, den Entwicklungen der letzten 250 Jahre folgend gibt es zwei Wege in die Zukunft: Entweder ertragen wir wie in den beiden vorigen Weltkriegsphasen die faschistische Delle, indem wir wieder unbeschreibliches Leid in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten erfahren werden und indem anschließend der dann noch übrig gebliebene Rest der Menschheit eine Globale Demokratie gründet, die dann die Probleme unseres Planeten löst. Oder wir kürzen die faschistische Delle ab und beginnen bereits jetzt damit, die Globale Demokratie einzuführen.** Auf diese Weise ersparen wir uns entsetzliches Leid und kommen früher in eine politische Struktur, die uns handlungsfähig macht. So oder so, die Wette steht: An der globalen Demokratie führt in den nächsten 10 bis 20 Jahren kein Weg vorbei. Für den lethargischen Weg über eine ausgeprägte faschistische Phase sollte man gerade in Deutschland kein Verständnis haben, davor sollte ab sofort jeden Tag und auf allen Marktplätzen dieses Planeten gewarnt und zugleich für die Globale Demokratie geworben werden.

Dr. Florian Köhler, florian.koehler.emai@googlemail.com,

Globale Demokratie als Grundvoraussetzung zur Lösung unserer Krisen (21. April 2026)

Essay von Florian Köhler, Kontakt: florian.koehler.email@googlemail.com, 0174 2454454 11 von 12

Mainz, der 21.04.2026

Epilog

Je größer die gesellschaftlichen Forderungen sind, desto selbstkritischer sollte man sein. Und desto wichtiger ist es, selbst einzuräumen, dass die Möglichkeit besteht, dass man seine Analysen an der einen oder anderen Stelle fehlerhaft ausgearbeitet hat und dass man mit den daraus extrahierten Forderungen falsch liegen kann. Ich bin daher für jedes konstruktive Feedback dankbar. Schreibt gerne Kommentare. Ich werde sie lesen, sie werden reflektiert, um evtl. meine Forderungen aufzugeben, sie abzuwandeln oder meine Argumentation zu schärfen. Über Austausch bin ich dankbar.